

Volkszeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Volkszeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1.40 Goldmark, durch Ausgabebureau 1.40 Goldmark. Durch die Post 1.55 Goldmark. A. B. Volkeigentum. Jährliche Beiträge: 6.00 Goldmark. Abonnenten: 25,000. Die Zeitungen werden nach Katalog-Listen bezogen. Die Zeitungen werden nach Katalog-Listen bezogen. Die Zeitungen werden nach Katalog-Listen bezogen.

Neues in Kürze.

Drachmeldungen und Radiotelegramme.
Mehrere Blätter melden aus Berlin, es scheinemehr feststehen, daß morgen die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten durch den Landtag nicht erfolgen wird. Voraussichtlich werde die Wahl am Dienstag, dem 3. Februar, vorgenommen werden.
Die „Völkische Zeitung“ hält es für wahrscheinlich, daß ein Angehöriger des Zentrums zum preussischen Ministerpräsidenten von der Weimarer Koalition vorgeschlagen werde.

Da die Rede des Prof. Freiherrn Marschall v. Eberlein bei der Reichsgründungsfeier der Innerministerialen in Freiburg im Breisgau schwere Ausfälle gegen den heutigen Staat enthalten habe, hat das Reichsinnenministerium den Redner das Mandat für die Rede eingezogen. Prof. Freiherr Marschall v. Eberlein hat es abgelehnt, diese Forderung nachzukommen. Hiermit ist gegen ihn das Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Am Freitag gegen die Siegerländer Kommunisten vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichtes wurde der Hauptangeklagte Rudolf G. ein Jahr 6 Monate Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe, die übrigen Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 1 bis 2 Jahren verurteilt.

In Anwesenheit des bevollmächtigten Ministers der Vereinigten Staaten von Mexiko, des Generals Drexler Rubio, und unter lebhafter Anteilnahme zahlreicher hervorragender Persönlichkeiten aus der Industrie, dem Handel, den Banken und von Schiffahrtsgesellschaften wurde gestern eine Deutsch-Amerikanische Handelstammer in Berlin gegründet.

Der „Bormars“ veröffentlicht einen Aufruf des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei an die Parteigenossen, in dem zum scharfen Kampf gegen die Kommunisten aufgefordert und u. a. die Kastration des Abkommens von Wajkingen und ein Arbeitszeitgesetz, das den Wajkingentag wiederherstellt, gefordert werden.

Wie die Wiener „Stunde“ erzählt, wird der frühere Bundeskanzler Dr. Seipel als Führer eines Bürgerparties namhafter Katholiken aus Österreich zu Wien vor dem Rathe erscheinen. Am Anstich daran wird er etwa vier Wochen in einem römischen Kloster verbringen. Das Vatikan vermutet, daß dieser Klosteraufenthalt mit dem Empfang einer hohen kirchlichen Würde zusammenhänge. — Ob wir Protestanten es bedauern müssen, daß Dr. Seipel nicht mehr österreichischer Regierungschef ist?

Auf der Eisenbahnbahn Weses wurde an den ungariischen Salonwagen des Reichsverwesers Horthy ein Verbrechen verübt. Beim Halten des Zuges kam aus einem in der Nähe befindlichen Bauernhaus ein Revolverbeschuß, der den zweiten Salonwagen Horthys traf. Horthy wurde nicht verletzt.

Die bulgarische Regierung hat eine Konzession für Petroleumgewinnung an die holländische Firma Cornelius Brint erteilt. Die Firma verpflichtet sich, 20 Proz. der Produktion an die Regierung zu festgelegten Preisen zu liefern. Zwei englische und eine französische Firma bemühn sich um ähnliche Abschlüsse. — Also auch Bulgarien hat Petroleum.

Der diplomatische Berichterstatter des Londoner Daily Telegraph schreibt, es werde sehr schwer sein, den in der Frage der französischen Kriegshilfen zwischen England und Frankreich bestehenden diametralen Gegensatz zu beilegen.

Der englische Botschafter von Indien hat zur Befähigung der Welt einen Aufruf an die Bevölkerung gerichtet, worin er u. a. erklärt, daß in Indien die je 300 bis 400 Personen ein Auswanderer entfällt. — Daß die luväbrische Krankheit sich dort verbreiten konnte, ist, wie die alljährlichen Hungertatropen zeigen, in Indien zeigen, nur ein neuer Beweis, wie wenig sich England um seine Menschheitspflichten gegenüber seinen kolonialen Untertanen kümmert. Erst jetzt, wo in Indien die Urwälder wachsen, beginnt der Engländer sich auf die Moral — und erläßt Aufrufe, die nichts helfen.

Die Maske fällt.

Herriot: „Am Rhein liegen die letzten Bedingungen der Sicherheit Frankreichs.“

In der getragenen Kammerberatung behauptet Ministerpräsident Herriot u. a. die Frage der Räumung der Kölner Zone und erklärt, niemals seien die Beziehungen zwischen Frankreich und England besser und herzlicher gewesen als jetzt.

Herriot verliest dann zahlreiche Dokumente über die Arbeitsmethode der Kontrollkommission. Am Rhein liegen die letzten Bedingungen für die Sicherheit Frankreichs. Wenn Frankreich am Westflügel mitarbeiten sollte, dann müßte zuerst seine Sicherheit garantiert sein.

Herriot unterzucht dann die Bestimmungen des Versailler Vertrages und stellt ihnen die angeblichen deutschen Bedingungen gegenüber.

Er spricht von der Ausbildung junger Rekruten und Rekruten. Eine der ersten Forderungen ist die der deutschen Polizei, 1913 habe Deutschland 50 000 ständige und 27 000 ständige Polizeibeamte gehabt. Die nach dem Kriege geforderte Sicherheitspolizei ist eine völlig militärisch organisierte Streitmacht. Herriot sprach die Befürchtung aus, daß Frankreich im Jahr 1920 einen Mann über Deutschland zum Opfer stellen ließ. Die Polizei einer totalen Charakter trage. Diese Verpflichtung habe Deutschland nicht erfüllt.

An die Stelle der alten Polizei ist eine solche militärischen Charakters getreten, deren Revolver und Maschinengewehre auch für das Heer nutzbar gemacht werden könnten. Die Sänpum umfaßt 5000 Offiziere des alten Heeres und unterhalte einen Generalstab im Ministerium des Innern. Märgel der 150 000 seien noch 30 000 Polizeibeamte in dem Bureau angeheft.

Deutschland habe aus einer rächtigen Polizei eine militärische Macht gemacht.

Herriot erinnerte weiter daran, daß durch die Kontrollkommissionen 37 000 Kanonen, 87 000 Maschinengewehre, 4½ Millionen Gewehre, 55 Millionen Patronen zerstört worden seien (??). Was Deutschland zurückbehalten habe, wisse man nicht, man könnte es aber an dem ersehen, was man ersehen habe. Die militärischen Fabriken in Spanien und anderswo hätten Waffen und Maschinen in Menge hergestellt. Krupp habe sich bisher geweigert, die Maschinen zur Verfertigung weittragender Geschosse zu liefern. Der Artikel 169 des Versailler Vertrages ist ein totter Buchstabe geblieben. So werde

Die Reichswehr und Meierers das deutsche Heer wiederhergestellt.

Deutschland habe entgegen dem Versailler Vertrag seinen Generalstab wiederhergestellt und ein außerordentlich vermehrtem Leben. Herriot erwähnt dann angebliche Ausweisungen des Generals v. Seeckt, die deutschen militärischen Führer müßten sich darauf vorbereiten, eine moderne mächtige Armee zu beschaffen. Der alte militärische Geist sei nicht verschwunden.

2. Völkische Woche der Deutschenationalen Volkspartei.

Am Mittwoch nahm im Reichstag unter Leitung des Reichstagsabg. Graf-Thüringen die von der Deutschenationalen Volkspartei veranstaltete zweite Völkische Woche ihren Anfang. Die, wie der Abg. Graf in seiner Begrüßungsansprache sagte, das Ziel derselbe, Aufklärung über die völkischen Dinge in aller Volkstrete zu tragen, um das Geheil, die Erhaltung einer völkischen Weltanschauung zu erreichen. Abweis aller Parteipolitik solle in diesen Verhandlungen nur freie wissenschaftliche Tätigkeit und Forschung geboten werden.

Der Vorsitzende der Dtn. Abg. Winkler begrüßte die Anwesenden mit dem Hinweis, daß es alte, die Elemente und Parteien zu befeuern, die uns unsern alten Staat gerettet haben. Der Charakter des deutschen Volkes müsse wieder zu Ehren kommen, der Charakter der christlichen Kultur und Gestaltung. Der erste Redner.

Freizier v. Bietinghoff-Scheel, wertet in seinem Vortrag „Völkischer Staat“ die Aufwindung, daß der Staat nicht nach dem Staatsmann, sondern danach aufgebaut werden müsse, daß er eine organische Einheit des Volkspöters durch das Blut darstelle.

Bei den Völkischen und den Rechtsparteien weitere man fortwährend gegen den Versailler Vertrag während zwischen Frankreich und Deutschland nur wirtschaftlicher Annäherung gesprochen werden sollte, antwortete man Frankreich mit überfüllten Worten.

Die ökonomischen Sozialdemokraten (1) haben uns gezeigt,

daß Deutschland ihr Land anmeritieren wolle. Völkisch haben unsere englischen Freunde unrecht getan, die Kräfte des Kronprinz zu leicht hinzunehmen. Ich lüge ausdrücklich: völkisch! Die Völkischer haben eine sichere Empörung für Förderung der Moral und viele empfinden es als unmoralisch, daß der Mann, der eine schwere Wühlspur in der Entschaffung des Krieges rief, dann geüßliche Neben eines Gentlemen-Farmers fähig, während Napoleon vor hundert Jahren auf einjamer gelandete haben mußte. Völkisch habe ich selbst unrecht getan, daß ich vom Reichsgericht in Weipzig die Kriegsgefangenen

habe abzurufen lassen. Herriot sprach auch vom ehemaligen Kaiser Wilhelm. Es sei unmoralisch, daß der Mann, der den Krieg entzündet und genährt hab, jetzt ein bejahlisches Leben führe. Zum Schluss sagte Herriot: Ich habe mit tiefer innerer Ueberzeugung gesprochen, aber ohne Leidenschaft und Hab. Frankreich kennt keinen Heil. Meine Politik ist darauf gerichtet, den Wiederaufbau Europas zu beginnen. Mein lebhaftest Wunsch ist, daß eines Tages die Vereinigten Staaten begründet werden. Möge dies durch den Völkischen gehen; aber es darf nicht sein, daß auf der einen Seite eine großmächtige Demokratie besteht, die leicht verfehlt, und auf der anderen eine Demokratie, die ihre Pflicht nicht voll erfüllt.

Ich will den Frieden Europas erhalten, aber ich fordere zuerst die Sicherheit meines Landes. Nach dem Haasbericht flüchteten sämtliche Kommunisten außer den Kommunisten letzten Sejjal.

Jubel in Paris.

Der Eindruck der großen Rede Herriots ist das in unzweifelhaften, daß die ganze republikanische Presse Herriot jubelt. Selbst der „Avenir“, Millards ergeht sich in Lobesworten und besingt Herriot als wahren Patriot und Republikaner. Der „Avenir“ sagt, daß die Rechte einherbringen, um ihm die Patrioten zu danken. Die heilige Einheit ist wiederhergestellt. Die „Gazette“ hofft, daß Herriot jetzt die in der Rede eingeschlagene neue Richtung beibehalten werde, unter dem Sejjal der Kammer. Das „Journal“ spricht von einem ereignisreichen Augenblick, als Herriot selbst von seinen Gegnern erdrängt wurde, um ihm die Hand zu drücken. Die Kommentare der Völkischer befürchten sich darauf, in kurzen Auslassungen den parlamentarischen Erfolg Herriot zu betonen und den gegen Deutschland gerichteten Teil der Rede als eine Warnung an die Deutschenationalen zu bezeichnen.

Fremde seien nicht dem Staate auszuschießen, aber Staatsbürger könnten nur die durch das deutsche Blut verbundenen Menschen sein.

Zum Zweck der richtigen Führerauswahl müsse die deutsche Jugend auf einer völkischen Hochschule herangezogen werden. Der Zweck wuzele in feiner Familie, feiner Heimat, in feiner Sprache; daher seien zu schaffen eine Wertgemeinschaft, eine Heimatsgemeinschaft und eine Sippengemeinschaft. Arbeiter und Arbeitnehmer müssen zusammen stehen; deutsches Land gehöre nur in deutsche Hand, die Sippe müsse als privatrechtliche Institution weiter bestehen. Ohne Parlament werde es nicht gehen, aber das aktive Wahlrecht müsse auf das 2. Lebensjahr hinausgeleitet werden. Neben dem Reichstag müsse eine zweite Kammer gebildet werden und als höchste Spitze ergebe sich die Institution der unabhängigen Erbonomarie.

In seinem Konkreten betonte die der Professor Dr. Freizier v. Freitag-Boringhen die Weimarer Verfassung. Ein mittleres parlamentarisches Regime sei bei der politischen Einstellung des deutschen Volkes gar nicht möglich. Die Weimarer Verfassung werde auch nur auf dem Papier. Auf Grund des Art. 48 habe der Reichspräsident und das Kabinett eine so starke Gewalt, wie sie der Staat in der Kaiserzeit niemals besessen habe.

Kirche und Staat.

Vortrag von Un.-Prof. Dr. Freizmann-Halle.

Der gelyern von unferem heiligen Staatsrechtler Prof. Dr. Freizmann im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft für kirchlichen Aufbau im Auditorium Maximum der Universität gehaltene Vortrag bot in Innpaz, klaren Ausführungen ein Bild der geschichtlichen Entwicklung und des heutigen Verhältnisses von Kirche und Staat.

Das Thema ist um so interessanter, als die Neuordnung des geschichtlichen Verhältnisses von Kirche und Staat nicht allein bei uns aktuell ist, sondern ebenso in Italien, Frankreich, der Türkei wie im gesamten Islam, und nicht zuletzt in Rußland, eine Erscheinung, die zweifellos mit der durch die ganze Kulturwelt gehenden revolutionären Bewegung zusammenhängt.

Prof. Freizmann knüpfte an die erste große, das Verhältnis von Kirche und Staat grundsätzlich umgestaltende Kirchenrevolution, die Reformation an. Sie hat in den nordischen Ländern zwar den Kirchenfall hervorgerufen, aber nicht die Gegenrevolution herbeigeführt, während Späus und Arnheim in ihnen blieben, die nur der Staat, die einzelnen Staaten ihnen bieten konnten. So entstand durch die Kirchenfälle die Staatskirche, deren im 18. Jahrhundert immer härter hervortretende Eigenart darin bestand, daß die kirchlichen Angelegenheiten als Staatsangelegenheiten angesehen und vom Staat geregelt wurden. Ihren Höhepunkt und Abstieg zugleich fand diese Entwicklung in Preußen im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts in dem großen Gesetzeswerk Friedrichs des Großen, dem Allgemeinen Landrecht.

Dann setzte aus der sogenannten Aufklärungszeit und der französischen Revolution und dem anschließenden Krieg herührend, eine neue Entwicklungsepoche ein, die in der Revolutionszeit von 1848 einen ersten Abhluß fand. Ihr entscheidendes Ergebnis war der endgültige Bruch mit dem Grundbes des reinen Staatskirchentums: eius regio, eius religio, d. h. daß die Staatsangehörigkeit zugleich die Religionsangehörigkeit bestimmte. An seine Stelle trat der moderne Grundbes der Glaubensfreiheit des einzelnen. Um übrigen blieb aber das Staatskirchentum im wesentlichen bestehen.

Die Reichsgründung und die Bismarcksche Verfassung überließ die Regelung der Kirchenfragen wie bisher dem Recht der einzelnen Länder, ebenso die Kulturkampfperiode der Reichsregierung, in denen das Verhältnis von Kirche und Staat in Preußen eine grundsätzliche Regelung erhielt.

Durch Gesetz vom 8. April 1924 ist dann in Preußen eine Neuordnung erfolgt. Sie bildete den besonderen Gegenstand des Vortrages. Ohne auf die reichen Einzelheiten der Ausführungen Prof. Freizmanns hier eingehen zu können, seien die folgenden besonders wichtigen Punkte betont: Im Gegensatz zu den kirchenfeindlichen Zielen der Revolution sind die weltlichen Ergebnisse der 70er Jahre in der neuen Kirchenverfassung gewahrt geblieben, jedoch mit dem weltlichen Unterchied, daß die Grundlagen der Rechtsstellung der Kirche jetzt nicht mehr landesrechtlich, sondern unter Jurisdiktion auf die Grundgesetze jener ersten Revolution von 1848 wiederrechtlich und zwar in der Reichsverfassung selbst, geregelt sind.

Darüber ist die Kirche, einmalfalls wie laichliche, nicht einladung private Vereinigung und Angelegenheit, wie die sozialistische Lehre es fordert, sondern eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, was sich insbesondere darin auswirkt, daß die Kirche Gebührens- und Steuerrecht hat, wobei der Staat der Kirche bei der Steuererhebung, in Kirchenpfundpflanzungsangelegenheiten um keine besondere Unterstützung angebieten läßt. Ferner ist die Kirchen in der Weimarer Verfassung, allen Revolutionsbestrebungen zum Trost, das Eigentum an Kirchengemeinden, besonders am Grundbes, erhalten geblieben, sowie das Recht grundsätzlicher Selbstverwaltung.

So, man muß haben, daß in der Revolution die Kirche ihre Rechte sogar erheblich erweitert hat, ohne daß der Staat seinerseits von seinen bisherigen Pflichten befreit wurde. In der neuen Regelung, wie sie dann für Preußen im einzelnen durch das Gesetz vom April 1924 getroffen ist, ist von der einseitigen Unterordnung der Kirche unter den Staat kaum mehr etwas zu spüren. Der Staat behandelt die Kirche als gleichberechtigter Partner, mit dem er sich in entgegenkommender Weise vertraglich einigt. So ist das bisherige „pacet“ der Kirchenpolitik, zu Kirchen, geben die staatliche Genehmigung einzuholen durch ein unbegrenztes Einpruchsrecht des Staates mit Befugnisse der Kirche, ist, das „Aufschub“ recht des Staates in Vermögensange

legenhellen der Kirche wesentlich beschränkt (S. 2).
ist keine staatliche Genehmigung mehr zu kirchlichen Grundstücksverkäufen nötig, so hat die Kirche das Recht, frei nach eigener Entscheidung Kirchendämmer zu schaffen, anzubauen, zu besetzen.

Die Finanzlage des Reiches.

Rede des Reichsfinanzministers v. Schlieben.

Die gestrige Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages wurde mit einer Rede des Reichsfinanzministers v. Schlieben eröffnet, der eine

eingehende Schilderung der finanziellen Lage gab.

Dem System der Kontingentierung der Reizausgaben in Verbindung mit einer günstigen Entwidlung der Staatseinnahmen sei es gelungen, die Finanzwirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Der Minister würdigte durchaus die Klagen der Wirtschaft über zu starke steuerliche Eingriffe, hob aber den Zwang hervor, unter dem die Reichsfinanzverwaltung gehandelt habe.

Die Einnahmen aus Zöllen und Steuern hätten in den Monaten April bis Dezember gegenüber dem Anschlag ein mehr von 1360 Millionen Mark erbracht, wovon dem Reich rund 800 Millionen verblieben. Zugüglich der Einnahmen aus der Münzprägung verfiel das Reich über Mehreinnahmen von etwa 1200 Millionen Mark. Nach Abzug des ungedeckten Fehlbetrages im Haushaltsentwurf für 1924 verbleibe dem Reich je jetzt

ein rechnermäßiger Reinerüberschuß von 940 Millionen Mark.

Der Minister gab dann Auskunft über die Verwendung dieser Leberüberschüsse, denen teils erzielte, teils zu erzielende Verpflichtungen des Reiches gegenüberständen, deren Höhe die Leberüberschüsse noch um etwa 140 Millionen Goldmark überbreite. Zu diesen Verpflichtungen gehörten u. a. der Rückkauf der Goldanleihe, der jetzt größtenteils beendet sei, Verpflichtungen aus den Anleiheemissionen, aus Anleihen der gemauerten französisch-belgischen Solange nahmen im besetzten Gebiet, aus der Abwicklung des passiven Wiederstandes usw.

Die Reichsregierung sei ebenso wie die Ruhr-Industrie darauf bedacht, den Liquidations- und Gemeindeforderungen zu helfen. Den dringenden Bedürfnissen der Geschädigten solle durch Wirtschaftsbeteiligungen und Darlehen zum Wiederaufbau ihrer Erzeugnisse abgeholfen werden. Abschließende Maßnahmen seien aber erst möglich, wenn die Verhandlungen mit den Alliierten wegen der Liquidationsfrage beendet sind.

Soweit die Dinge zurzeit überblickt werden können, wird

das laufende Haushaltsjahr 1924 am 31. März 1925 ohne Defizit

abschließen. Es ist damit zu rechnen, daß Leberüberschüsse nicht mehr vorhanden sein werden, mit Ausnahme eines Betrages von 140 bis höchstens 200 Millionen Mark, der den Betriebsfonds der Reichshauptstadt darstellt. Der Gedanke, daß das Reich gegenwärtig im Gelde schwimme, entbehre jeder inneren Berechtigung. Es sei lediglich eine Ahnempfehlung eingetreten.

Der Finanzminister berührte dann die Beamten- und Aufwertungsfragen.

Er stellte fest, daß die Beamtenhoheit als wichtigste Stütze des Staates jederzeit dienlich und dienstfreudig erhalten werden müsse. Er kündigte eine zweite Änderung der Personalabbaurechnung an. Nachdem der Personalabbau mit Ende Dezember vorigen Jahres sein Ende erreicht habe, soll die Anmendbarkeit der Abbauarbeit beschränkt werden.

Die Aufwertungsfrage dürfe nicht allein vom fiskalischen Interesse behandelt werden. Auch die Förderung sozialer Gerechtigkeit muß erfüllt werden unter Wahrung des Fortbestandes der wirtschaftlichen Kräfte. Die Aufwertung muß ihre Schranken in dem Leistungsvermögen der Wirtschaft finden.

Wie sich die Regierung die Lösung der Aufwertungsfrage denkt, werde aus dem dem Reichstag zugehenden Gesetzentwurf zu ersehen sein. Jedenfalls müsse die Lösung für die Wirtschaft endgültig sein. Andernfalls würde immer wieder Beunruhigung in die hineingetragen und ihre Arbeits- und Kreditfähigkeit beeinträchtigt werden.

Soweit Leistungen in Verbindung mit der Aufwertung der öffentlichen Anleihe möglich sind, werden mit an erster Stelle solche Personen oder Anstalten zu berücksichtigen sein, die dem Vaterlande in der Zeit der höchsten Not ihre Erparnisse oder Mittel zur Verfügung gestellt haben. Und unter den hier zu berücksichtigenden Personen verdienen wiederum die

eine Sonderbehandlung,

die durch die Entwertung von Kapital und Zinsen in Not geraten sind. Ein Anspruch auf Berücksichtigung ist ferner denen zuzuerkennen, die unter dem Joch der Rechtsvorschriften noch in der Zeit der Geldentwertung öffentliche Anleihen erworben haben.

Entscheidende Bedenken würden dagegen bestehen, daß an den Vorteilen, die den schwer geschädigten Anleihebesitzern geboten werden können, solche Kreise — zum Beispiel der Verlustträger — teilnehmen, die in spezulativer Absicht in der Inflationsperiode mit geringen Mitteln große Anleiheposten gekauft haben.

Der Finanzminister bekräftigt dann die Einnahmeziele des Etats.

Sie sind abhängig von der künftigen Gestaltung der Steuererhebung, von dem Auskommen aus den Steuern und von der Regelung des Finanzausgleichs. Die Steuererhebung werden in den nächsten Tagen dem Reichstag und dann dem Reichstag zugehen. Sie sollen nicht größerer Steuerlasten aus der Wirtschaft herausziehen, sondern die aus der Inflationszeit stammenden übermäßigen Belastungen abbauen

und den wicklichen Ertrag der Wirtschaft rückfließen lassen.

Schwierig sei die Frage der Umkehrsteuer. Eine Entwertung würden etwaige Verbrücker aus Verbrauchsausgaben leicht verschlingen. Bezüglich der Staatseinnahmen brauche eine gewisse Zuerstigkeit nicht ausgeschlossen werden. Die Wirkung des Finanzausgleichs sei für schwerer zu schätzen. Es werde zu prüfen sein, ob nicht im System der Beteiligung der Länder und Gemeinden eine Änderung zu erfolgen habe.

Der Finanzminister schloß die möglichen Steuererinnahmen für das kommende Rechnungsjahr und auch für das folgende auf rund 6 Milliarden, wovon aber 2 Milliarden für die Länder und Gemeinden bestimmt sind. Mehr als 4 Milliarden werden also für das Reich nicht zur Verfügung stehen, so lange nicht die Wirtschaft einen sehr wesentlichen Aufschwung nimmt und damit die Erträge automatisch steigen.

Über auch die Reparationslasten dürfen nicht vergessen werden. Die fort-

dauernden Ausgaben werden in den nächsten fünf Jahren kaum unter 2500 bis 2700 Millionen Mark jährlich zu halten sein. Neue Ausgaben können künftig dazutreten. Der Gesamtbedarf des Reiches wird mit etwa 4 Milliarden im Jahre 1925 beginnen und bis zum Jahre 1930 auf mindestens 4000 Millionen steigen. Das sei ein außerordentlich trübes Bild.

Ueber die Gesamtanfrage zur Entschädigung der Bevölkerung an Ruhr und Rhein werde dem Reichstag bald eine eingehende Denkschrift vorgelegt werden. Die Wirtschaft des besetzten Gebietes bedürfe unter den Nachwirkungen des Ruhrkampfes einer Aufwertung, um über den Toten Punkt hinweg zu kommen. Wenn jetzt der Wirtschaft des besetzten Gebietes erhebliche Geldsummen zustoßen, so sei das nur ein knapper Ersatz für die Stillure, die ihr durch die erzwungenen Reparationsleistungen zugefügt worden ist.

Zu demselben stellte der Finanzminister fest, daß wir jetzt in finanzieller Beziehung an einem Wendepunkt

stehen und daß daher der Etatsberatung eine besondere Bedeutung zukomme. Es handele sich darum, ob die Rettung unseres Vaterlandes, welche nur fünf Viertel Jahren noch in letzter Stunde durch das sogenannte „deutsche Wunder“, die Schaffung der Rentenmark, gelungen ist, eine völlige werden soll, oder ob wir uns der Gefahr auslegen wollen, in nicht zu ferner Zeit der Gefahr eines ähnlichen Zusammenbruchs wie im November 1923 entgegenzugehen. Diese Gefahr könne nur beseitigt werden, wenn auf der einen Seite durch baldige Abschaffung der Demnachst durch höchste zureichende Steuererhebung im Reich und in den Gemeinden das gegeben werde, was sie zum unmittelbaren Lebensbedarf unbedingt benötigen und indem man auf der anderen Seite sich bei Beratung der Anträge zum Etat und der sonst gestellten Urträge diejenige Beschränkung auferlege, welche zur dauernden finanziellen Befriedung des Deutschen Reiches unerlässlich sei.

Der Minister appellierte an das Vaterlandsgelühl aller Parteien des Reichstages, der Reichsregierung mit allen Kräften zu helfen, das Ziel der endgültigen finanziellen Rettung unseres Vaterlandes zu erreichen. Es handle sich hierbei nicht um Parteifragen und in der Frage von allgemeiner, nationalliefer Bedeutung, auf die jede Partei mitzukämpfen müsse. Der Minister schloß: Wir haben einen schweren Grund zum Pessimismus, wenn wir die Reichsfinanzen schonend behandeln, aber auch nicht um übertriebenen Optimismus. (Beifall.)

In der Aussprache zog u. a. Abg. Dr. Sörgel (Dn.) aus den Leberüberschüssen den Schluß der Ueberhebung des Steuerfiskus, unter der die Wirtschaft, Arbeitgeber und Arbeitnehmerhaft, zu leiden hätte.

Abg. Dr. Cremer (Dt. Sp.) trat dafür ein, daß die Länder und Gemeinden wieder größere finanzielle Selbstständigkeit erhalten sollten, ohne daß dadurch die Einheitslosigkeit der Steuererhebung im Reiche leiden dürfe. Die Erfüllung der sozialen Aufgaben und die Aufbesserung der Beamtenhoheit müßten sichergestellt werden. Die Umkehrsteuer könne jenseitig ermöglicht werden, das sei einnahmefähig nicht ganz verneinbar. Die Einkommensteuer dürfe auf der einen Seite die Bildung neuer Kapitalien nicht verhindern, müsse aber auf der anderen Seite die unteren Klassen entlasten, die schon durch die indirekten Steuern hart befallen seien.

Kaiserin Jita soll auf den Thron verzichten.

Die Hofhoheitstextkonferenz hat drei Delegationen, eine Engländer, einen Franzosen und einen Italiener nach Lequetto, dem gegenwärtigen Aufenthaltsort der Kaiserin Jita, entsandt, um von ihr eine bündige Erklärung zu verlangen, ob sie gewillt sei, auf ihre Ansprüche auf den ungarischen Thron zu verzichten. Sollte die Kaiserin Jita keine zufriedenstellende Antwort geben, so ist beabsichtigt, die Kaiserin nach Madeira zu verbannen.

Deutschenerfolgung in Südlawien.

Mehrere Blätter melden aus Belgrad, daß der Abgeordnete der südlawischen Deutschen, Dr. Krati, sowie die Abgeordneten Groß und Dzeraj in Nowjad, wo sie in einem Automobil eingefangen waren, von Mitgliedern der Jugendorganisation der Radikalen Partei „Sramach“ angegriffen und mit Sägen hingerichtet worden sind. Dr. Krati wurde am Hals verletzt. Wie in oppositionellen Kreisen verlautet, soll keine Verwendung lebensgefährlich sein. Die beiden anderen deutschen Abgeordneten erlitten leichtere Verletzungen. Der Abgeordnete der Deutschen Partei Dr. Zemberrierte einen scharfen Protest gegen die Ueberfälle an den südlawischen Innenminister.

25 Bräute.

Ein Schmelzroman von Wilhelm Herbst.
24. Fortsetzung. Nachdruck verboten.
Zeit empfahl sich in der Nähe des Geschäftes und schlüpfte, als die Mutter die Tür öffnete, heimlich der Tochter zu. „Morgen!“ Sie war über so viel Freiheit auf das höchste empört, nahm sich aber noch für alle Fälle vor, die Flucht mit Otto erst für morgen abend anzulegen und noch einmal zu Weisborger zu kommen, um zu fragen, was ihr der Herr über das Bild sagte hätte. Auf den untersten Grund ihrer Seele klang noch eine ganz kleine, kleine Hoffnung.
„Seh’ dich!“ meinte ihre Mutter freundlich, als sie den Laden betreten hatten. „Ich muß dir eines sagen, was dir vieles erklären wird: Er will dich betrauen!“
„Mein nicht!“ rief Mia mit flammenber Entschlossenheit und sprang auf.
„Mein, nicht!“ sagte eine spitze, scharfe Stimme — und Frau Mathilde ward in der Badentür. „Ich bin gekommen, um zu fragen, was Sie mit dem Mann herumlaufen haben, dem ich gestern einen Anzug meines Bekleidungs gab, den er — wahrlich! auf mich Anfertigung — heute nicht mehr trägt.“
„Eine fürchterliche Szene zu dreien folgte, von der Zeit keine Ahnung hatte.“
Er verbrachte die nächste Stunde in rotiger Räumte mit Zu in der Kinnbar und verbrachte ihr, mit einem bekannten Dichter zu reden, der ihr eine glänzende Filmmolie auf den Hals schreiben würde. Allerdings müßte sie darin wahrscheinlich aus einem hübschen in Wasser springen, weil das die höchste Beweise sei.
Zu froh war der bei der hohen Gedanken. Aber ich mußte, daß ein großer Schwarm Ihrer Fremden nicht jeden Teil voll-

hüpfen würde für einen Baron, der ihnen eine Rolle auf den Leib schreiben ließ. Sie sagte daher begeistert zu.
„Worin gingen Sie miteinander in den Reichstag?“
„Er ist mir in ein Pferd flatterte, weil er mir ihr ausrufen wollte und es überhaupt im Interesse seiner Zukunft erachtete, auf dem Rücken dieser edlen Tiere einigen Betsel zu wissen.“
„Wie er hätte allein durch die Straßen ging, von der Aktion nicht unbefriedigt, nur ein wenig lebensfähig, da begegnete ihm Julia, die Suzanne, an der sein Herz hing.“
„Du bist aber fein,“ sagte sie mit trauisch und überlockt seine Eleganz. „Wo hast du das Zeug her?“
„Er wollte flunkern. Aber sie ließ ihn nicht zu Worte kommen. „Seh einmal mit mir!“ verlangte sie.
„Für sie war er zu tiefen bereit. „Moin?“ fragte er daher nur, fast schüchtern.“
„Zu Schiffe,“ antwortete sie. „Es ist meine Hauptfrage. Ich will einmal wissen, wie wir miteinander daran sind, daß nicht wieder eine Dummschicht dabei herauskommt.“
„Wie viele höchst aufgefärbte Menschen, hatte er eine gewisse Scheu vor allem Weislichen. Denn fast sein Verstand ist ganz von Übergläubigen frei — am wenigstens jene, die anderen allerdings zu glauben zumuten.“
„Aber Julia widerstehen — das konnte er nicht.“
„So ging er mit.“
Schiffle wohnte unheimlich irgendwo in einer Seitenstraße im weißen Stad. Sie war eine hübsche Frau mit schönen großen Augen und feinen Händen.
Die Hände anderer waren ihr hauptsächlich Arbeitsspiel.
„So ließ sie denn alsbald Julia und Weis, den sie mit einem interessierten Blick betrachtete

hatte, die rechten Hände vor sich ausbreiten und studierte die geheimnisvollen Linien, die Natur und Schicksal darin eingeschrieben hatten.
„Sie haben viel Gemeinames“, sagte sie.
„Das freute Julia insgeheim, und auch Bull-jah ist es wohl.“
„Dann folgte sie mit unmerklichen Zeiger gewisser Spuren in seiner Redten.“
„Diese Aufstellungen“ — murmelte sie — „diese außerordentlich saftreichen Verästelungen!“
„Was sind das für Verästelungen?“ fragte Julia miträuflich.
„Schilderung sah aus tiefen Gedanken auf. „Das sind Verästelungen, die auf ein reiches, vielen Einflüssen unterworfenes Innenleben deuten.“
„Stimmt!“ sagte Julia trocken. „Auch Außenleben. Es hat sich schon immer sehr verästel.“
„Aber hier!“ Die Zukunftspredikerin nahm Weis’ warme Hand und hob sie mehr gegen das Licht.
Die beiden waren jetzt gepaunt. Sein Gemühen krümmte sich. Er wäre lieber draußen gewesen. Das Frauenzimmer war ihm unendlich wie ein Verhängnis. In beiden hatten Heberkaskungen.
„Hier ist eine fröhliche Welt von fremder Energie, die all des tiefen Bedenkepunkte zusammenfaßt und zu einem sicheren Ende führt.“
„Das bin ich,“ dachte Julia in stiller Freude.
„Ich bin’s“, jamm Schiffele. Der Mann interessierte sie immer lebhafter.
„Am Ende ist es der Staatsamann,“ erzwog Bull-jah, dem immer abrungsdoller zu Worte wurde. Jedenfalls war Schiffele ein Faktor, mit dem man rechnen mußte. Sie konnte

Gefahren bringen und abwenden. Man muß sie zu gewinnen versuchen.
„Er regte sie insgeheim unter seine äußeren umgangsähnlich ein und brannte danach, mit ihr allein zu bleiben.“
„Sie legte ihre Hand auf den Tisch und ergab die Julia.“
„Hier ist alles klar und einfach. Eine treue Hand. Ein schöner glatter Lebensweg. Hohes Alter, Gesundheit, Reich, heitere Laune, Offenheit...“
„Sie dachte, Da...“
„Was ist das?“
„Da ist eine Wendung, vor der Sie sich hüten müssen.“
„Allo doch er?“ überlegte die Zukunftsmacherin. „Sei vorsichtig, Julchen!“
„Es steht in Ihrer freien Wahl, ob Sie den geraden Weg gehen wollen oder sich auf Seitenhänge begeben, die verlockend, aber gefährlich sind.“
„Was soll ich tun?“
„Die beiden Frauen schauten einander einen Augenblick fest ins Gesicht.
„Ich würde gerades gehen,“ sagte Schiffele dann langsam und nachdrücklich.
„Ich danke.“ Julia schloß sich entäußert.
„War richtig?“ Der gerade Weg war immer der beste. Aber es würde sie doch etwas in den Seitenhänge. Sie hatte im Grunde Zeit wirklich gern.
Die Sitzung war zu Ende. Ritterlich bezahte er.
„Während sie sich gemeinsam über das Geld beugten und einander unwillkürlich anfasen, lud ihr der Blick Schiffeles ein: „Komm allein wieder!“
„Ich komme schon“ verpuppte der seine. (Fortsetzung folgt.)